

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Rudolph Treder  
Verlagsnummer: 20841  
Max für Nachdruck: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Druckerei: K. L. Wartenberg 28/29  
Dresden - K. L. Wartenberg 28/29

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 RM, (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), durch die Post 2,40 RM, einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).  
Quartalsnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Weltmarkt berechnet; die ein-  
seitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote  
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Reklameweile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.  
Offerteneingänge 50 Pfg. Kurzfristige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) 15/11/30. Unterlangens  
Schriftleitung werden nicht aufbewahrt

## Protest Polens gegen die Treviranus-Rede

### Ein durchsichtiges Manöver Jaleskis

Berlin, 15. August. Die Pressestelle des polnischen Außenministeriums läßt durch die polnische Telegraphen-Agentur folgenden Bericht verbreiten: „Unverkümblich nach der Rückkehr aus Reval hat Minister Jaleski mit dem deutschen Geschäftsträger in Warschau eine Unterredung gehabt, die mit der letzten Rede des Reichsministers Treviranus im Zusammenhang steht. Minister Jaleski hat

im Namen der polnischen Regierung in entschiedener Weise formellen Protest eingelegt gegen das Hervortreten eines Mitgliedes der Reichsregierung, das gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet ist. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß derartige Äußerungen fruchtbar Beziehungen zwischen den beiden Staaten unmöglich machen, ja noch schlimmer, Stimmungen schaffen, die zu den Grundfragen friedlicher Zusammenarbeit in Widerspruch stehen.“

Der deutsche Geschäftsträger hat erwidert, daß ihm eine Diskussion über die Rede des Reichsministers Treviranus nicht möglich sei. Er hat aber darauf hingewiesen, nach seiner Kenntnis sei in der Rede des Herrn Reichsministers nichts enthalten, was die Grundfrage der deutsch-polnischen Beziehungen verändere oder mit den geltenden Verträgen nicht im Einklang stehe. Insbesondere sei es unnötig, zu glauben, der Reichsminister Treviranus habe an eine kriegerische Forderung der Grenzen denken können. Die Stellungnahme des deutschen Geschäftsträgers entspricht der Auffassung in den Berliner maßgebenden politischen Kreisen. Sämtliche künftigen Regierungen haben hinsichtlich der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenzen stets dieselbe Auffassung vertreten und über diese Auffassung nie einen Zweifel aufkommen lassen.

Vorläufig nehmen nur einige Berliner Blätter hierzu Stellung. — Die „Vossische Ztg.“ betont, daß der frühere Protest Jaleskis weniger auf die Rede Treviranus zurückzuführen sei. Die große internationale Diskussion über die deutsch-polnischen Grenzprobleme, die die Rede hervorgerufen habe, sei ein für Polen wenig angenehmes Thema.

Das „B.Z.“ sagt: Der scharfe Ton in den Erklärungen Jaleskis sei offenbar bestimmt, der deutlich sichtbar werdenden

Zunahme der Erkenntnis in der ganzen Welt von der Unhaltbarkeit der in Versailles getroffenen Grenzregelung entgegenzuwirken. Aber der Kampf, den er gegen diese wachsende Einsicht führe, sei gegen die Logik der Dinge, denn er richte sich gegen die Befestigung eines moralischen Unrechts. Seine starken Worte zeigten nur, daß er mit schwachen Gründen kämpfe.

### Sensur von Pressetelegrammen in Estland

Reval, 15. Aug. Unter der Überschrift „Geheime Telegrammsensur“ schreibt die „Revaler Zeitung“: „Wie uns von zwei Vertretern führender ausländischer Nachrichtenbüros mitgeteilt wird, sind Telegramme zweier Korrespondenten, die den Besuch des polnischen Staatspräsidenten in Estland zum Inhalt hatten, beanstandet bzw. zurückgehalten worden. Die Telegramme weisen eine Wiedergabe des Zwischenfalles während des Hadelanges in Kattorinental auf. Bekanntlich ertönten während des Hochs auf Polen aus der Zuschauer-menge mehrfach laute Pfiffe. Ohne uns mit der Wertung der obengenannten Telegramme befassen zu wollen, stellen wir an die Postverwaltung die Frage, ob wir in Estland tatsächlich so weit sind, daß eine geheime Telegrammsensur eingeführt worden ist. Wir stellen an die Postverwaltung die Anfrage, auf welcher gesetzlichen Grundlage die Wertung der Nachrichten verweigert wurde. Eine restlose Klärung der Angelegenheit, die im Auslande ein sehr schlechtes Licht auf Estland werfen könnte, ist im Interesse der Öffentlichkeit dringend erwünscht.“

### Heftige Kämpfe an der türkisch-perlischen Grenze

London, 15. August. Nach Berichten aus Angora fanden im Bezirk von Jaghdir am Donnerstag heftige Kämpfe zwischen türkischen Truppen und aufständischen Kurden statt, die mehrere Stunden andauerten und schließlich mit dem Rückzug der Kurden auf die perlische Grenze endeten. Die türkischen Truppen haben die geplanten Operationen gegen die Aufständischen im Berggebiet des Ararat noch nicht begonnen.

### Eine leere Geste

Es hat ziemlich lange gedauert, bis das amtliche Polen die Sprache gefunden hat, um zu den internationalen Korridorgesprächen, die seit der Treviranusrede in Fluss gekommen sind, Stellung zu nehmen. Sollte Herr Jaleski im Ueberstrom der ethnischen Verbrüderungsfeiern in Reval nicht gehört haben von dem Raunen, das über die Unhaltbarkeit der Grenzverhältnisse im Osten durch Europa ging? Oder hat es vielleicht eines freundlichen Kippenstoßes aus Paris bedurft, um den polnischen Außenminister an seine Pflichten zu erinnern? Jedenfalls merkt man aus der Verspätung und auch aus der Grobheit, mit der er sich nun nachträglich ins Zeug legt, wie peinlich ihm das Thema ist. Die Reichsregierung wird es auf keinen Fall hinnehmen können, daß Jaleski einem ihrer Minister gleichsam den Mund verbieten will. Sie wird sich auch durch die versteckte Drohung mit den etwaigen Folgen „innerhalb der Beziehungen zwischen den beiden Staaten“ nicht einschüchtern lassen, sondern — wie wir bestimmt hoffen — die Annahme des polnischen Protestes in der gebührenden Form zurückweisen.

Gerade weil es den Polen unangenehm ist, daß von diesen Dingen gesprochen wird, und daß sich die europäische Öffentlichkeit in steigendem Maß für die Gefahr im Osten interessiert, gegen die von Paris und Warschau ausgegebene Parole des „Rühr mich nicht an“, müssen wir nun erst recht die Debatte im Fluss halten. Das Echo auf die Treviranus-Erklärungen hat gezeigt, daß sich außerhalb Frankreichs und Polens die Stimmung zu unseren Gunsten geändert hat. Durch aufklärende Literatur ist man allmählich darauf aufmerksam geworden, daß der Korridor der Wespennest alles politischen und wirtschaftlichen Unsinns ist und daß Danzigs Stellung als „Freie Stadt“ immer unmöglicher wird. Es dämmert allmählich auf, daß es sich bei diesen Fragen um ein deutsches Naturrecht auf den Zusammenhang der Reichsgebiete handelt und daß demgegenüber der polnische Anspruch auf Zugang zur See von untergeordneter Bedeutung ist, um so mehr, als ihm auch mit anderen Mitteln, wie mit Internationalisierung der Verkehrswege zum Meer und mit einer Freihafenzone in Danzig, entsprochen werden kann. Und es wird immer klarer, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung für Deutschland um eine Lebensfrage, für Polen aber nur um eine Prestigefrage handelt. Italien hat im Laufe dieser Erörterungen Verhältnisse für diese deutsche Auffassung gezeigt, auch England wird den deutschen Lebensnotwendigkeiten aufgeschlossen, und sogar in Frankreich machen sich schon einige Stimmen der Vernunft vernehmbar. Beweise genug, daß die Weltstimmung für Deutschlands Kampf um sein natürliches Recht nicht ungünstig ist, wenn wir entschlossen unsern Weg gehen und die Disforderungen unermüdlich und mit Nachdruck vertreten. Dazu braucht es gar keine Kriegsdrohungen, die in unserer militärischen Lage ebenso inhaltslos wären wie Jaleskis formeller Protest. Es muß auch so gehen, wenn Europa zur Einsicht gebracht wird, daß es in seinem eigenen Interesse das Vorhandensein des ewigen Gefahrenherdes im Osten nicht dulden darf. Polen ist formell in seinem Besitzrecht gesichert, aber unter moralischen Recht auf Revision ist auf die Dauer wirksamer, wenn wir es nur richtig einzulegen wissen. Worauf es ankommt ist, daß der politische und nationale Wille Deutschlands als der stärkere durchhält bis zur Erreichung des Zieles.

## Poincaré setzt seine Propaganda fort

Paris, 15. August. Poincaré veröffentlicht am Freitag einen neuen Artikel, in dem er sich mit der von Deutschland geforderten Revision der Verträge auseinandersetzt. Einleitend kommt der ehemalige Ministerpräsident nochmals auf die in seinem letzten Artikel enthaltenen Angriffe gegen den Reichspräsidenten zu sprechen. Poincaré vertritt sich dagegen, daß er es an der nötigen Achtung habe fehlen lassen. Er habe im Gegenteil mit äußerster Ehrerbietung gesprochen, stellenweise habe er sogar seine Schätzung und Bewunderung durchblicken lassen.

Man könne dem Reichspräsidenten die Anerkennung nicht verweigern, zum mindesten offen genug gewesen zu sein und ehrlieh das zum Ausdruck gebracht zu haben, was Stresemann verhandelt habe. Man wisse in Frankreich leider nur zu gut, was Deutschland unter der Revision der Verträge verstehe. Das sei zunächst die Rückgabe des Saargebietes ohne Abkündigung, dann die Aufhebung der entmilitarisierten Zone, der österreichische Anschluss, die Rückgabe des Danziger Korridors, die Einmischung Deutschlands in die Angelegenheiten anderer Länder unter dem Vorwand des Schutzes seiner nationalen Interessen und schließlich die Forderung nach Kolonien, kurz, eine triumphierende Revanche und eine unbeschränkte Vergrößerung des besiegten Deutschlands. Wenn Deutschland als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen wäre, so würde es Frankreich gegenüber sicherlich nicht dieselbe Mißgunst gezeigt haben, wie dies jetzt umgekehrt der Fall sei. (!!!)

Poincaré wird dann ironisch und betont, daß Deutschland trotz der dauernden Wiederholung des „Gott mit uns“ den Krieg verloren habe. Es habe einen Vertrag unterzeichnet, und wenn es wirklich den Wunsch habe, daß die Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland aufhörten, so sei es seine Pflicht, diese Unterschrift zu achten.

Durch die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und des Kellogg-Vertrages habe Deutschland seine erste Unterschrift bestätigt.

Um so unerklärlicher sei die kolossale Ausdehnung der Entwicklung (?), die die Reichswehr in den letzten Jahren gehabt habe. Auch die Erziehung des deutschen Nachwuchses sei nicht nur unvereinbar mit der europäischen Sicherheit, sondern auch mit der Möglichkeit der Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens. Poincaré kommt dann auf die eigentlichen Forderungen zu sprechen. Er betont dabei, wenn das Reich wirklich den Wunsch habe, in einem bestimmten Punkte eine Vertragsänderung zu fordern, so solle es endlich aufhören, an allen seinen Grenzen zu schüren, vielmehr einen der ihm offenstehenden Wege einschlagen, indem es entweder in direkte Verhandlungen mit dem interessierten Land eintrete oder die Angelegenheit vor den Völkerverbund bringe. Jede Grenzveränderung bedürfe neuer Unuträglichkeiten herauf, wenn sie nicht das Ergebnis freier Verhandlungen zwischen zwei Staaten sei. Eine

### Rückgabe des Danziger Korridors

würde sicherlich in Deutschland und besonders in Ostpreußen große Freude auslösen, die im Korridor anfalligen Polen aber aus äußerster Erbitterung, und damit zu neuen und vielleicht viel größeren Schwierigkeiten als bisher Anlaß geben. Ähnlich verhalte es sich mit dem Anschluss, mit dem sicherlich nicht alle Deutsche einverstanden seien. Eine Revision der Verträge würde also in Mittel- und Ostpreußen nur neue Feuerherde schaffen, was sich unter Umständen auf den ganzen Kontinent auswirken könne. Wenn das das Ziel Deutschlands sei, so müsse es dies offen sagen. Frankreich werde dann nicht mitgehen.

Die Schiefheiten Poincarés sind so offenkundig, daß sich eine Berichtigung wahrhaftig erübrigt.

### Gefahren für deutsche Touristen in der Tschechoslowakei

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. August. Von zuständiger Seite wird erneut auf die Gefahren hingewiesen, denen sich deutsche Touristen in der Tschechoslowakei aussetzen, selbst dann, wenn sie nur all-gemeinlichste Objekte zu fotografieren versuchen. Man ist in der Tschechoslowakei von einer Finsternis besessen, in der man überall Gefahr wittert. Man sieht nicht nur eindeutige militärische Einrichtungen bedroht, sondern man sittert auch über den Bestand von Bauwerken, die nur sehr indirekt mit Militär etwas zu tun haben. Wenn sich z. B. ein Ausländer mit einem Photoapparat einer Brücke in der Tschechoslowakei nähert, so behrt der Staat, Will der Ausländer die Brücke fotografieren, so muß er damit rechnen, daß er arretiert wird. Ist der Ausländer gar ein Deutscher, der die Schönheit der Brücke und die Landschaft mit seinem Apparat festhalten wollte, so ist er für die tschechischen Behörden von vornherein ein Spion, auch wenn die Brücke auf 1000 Ansehenspostkarten zu sehen ist, und es wird ihm Gelegenheit gegeben, tschechische Gefängnisse von innen kennenzulernen. So ist es in der Tschechoslowakei nicht nur mit kleinen Festungsanlagen und Brücken, so ist es auch mit Eisenbahnstationen, Bahnhöfen und Fabriken, in denen militärische Gegenstände erzeugt werden und ähnlichen Einrichtungen. Es sind deshalb erneut deutsche Reisende, die mit einem Photoapparat die tschechoslowakische Grenze überschreiten, zu warnen.

### Die Manting-Truppen vor Zinanzu

London, 15. August. Nach halbamtlichen japanischen Berichten haben Flugzeuge der Mantingarmee am Donnerstag die Hauptstadt der Provinz Schantung, Zinanzu, mit Bomben belegt. Die Einnahme der Stadt durch die Manting-Regierungstruppen wird nur noch als eine Frage ganz kurzer Zeit bezeichnet. Durch die Bombenabwürfe sind 20 Personen getötet und zahlreiche schwer verletzt worden. Das Konsularkorps in Zinanzu hat bei der Mantingregierung gegen weitere Bombenabwürfe Einspruch erhoben.

### Die Spitzenkandidaten der Konservativen in Sachsen

Die konservative Volkspartei wird für die drei sächsischen Wahlkreise eine gemeinsame Landesliste aufstellen; an den ersten drei Plätzen werden kandidieren die aus der Deutschen nationalen Partei ausgeschiedenen bisherigen Reichstagsabgeordneten Bergwerksdirektor Dr. Rademacher (Borna) und Gewerkschaftssekretär Hartmann (Dresden). An dritter Stelle folgt Bibliothekar Dr. Langendorf (Leipzig).

### Prozeßbeginn Haffen gegen Staatspartei

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Aug. Am morgigen Sonnabend steht vor der 3. Senatsschlichtung des Landgerichts II Berlin mündliche Verhandlung an über die einstweilige Verfügung, welche der vielgenannte Wilhelm Haffen gegen führende Persönlichkeiten der Deutschen Staatspartei beantragt hat. Haffen hat sich bekanntlich im März 1929 im Vereinsregister den Vereinssamen Deutsche Staatspartei eintragen lassen. Der ganze Verein besteht aus acht Gründern. Haffen verlangt mit seinem Antrag, daß die Antragsgegner sich des Gebrauches des Namens Deutsche Staatspartei nicht bedienen sollen. Die Verhandlung wird sicherlich reich an interessanten Momenten werden, da die Frage, ob jemand auf Grund einer Vereinsregistertragung einer politischen Partei ihre Namensführung unterliegen kann, schon rein rechtlich äußerst interessant ist, da ein solcher Fall bisher niemals zur Aburteilung gekommen ist.